



25.08.2021

Offener Brief II

Bildungsgarantie und Normalität für Kinder und Jugendliche – Jetzt!

Nach monatelangen Schul- und KiTa-Schließungen, die mit Abstand zu den längsten in Europa zählen, schuldet die Politik unseren Kindern und Jugendlichen jetzt vor allem eines: **Normalität**. Das heißt offene KiTas und Schulen mit vollumfänglicher Bildung, Teilhabe, Freizeit- und Sportangeboten sowie Hygieneregeln, die vorrangig Lern- und Entwicklungschancen sowie das Wohlbefinden von Kindern berücksichtigen, anstatt weit über das hinauszugehen, was man Büroangestellten zumuten mag. Wir dürfen Kindern nicht länger vermitteln, dass sie eine Gefahr für Freunde, Lehrkräfte und ältere Familienmitglieder sind. Sie müssen sich in Schulen, KiTas und dem gesellschaftlichen Leben endlich wieder willkommen fühlen.

Schulschließungen und Einschränkungen für Kinder sind keine Vorsorge, sondern eine Hochrisikostategie

Die Pandemiepolitik mit monatelangen Beschränkungen des Schul- und Betreuungsbetriebs, Kontakt- und Sportverböten hat die Bildungs- und Lebenschancen, die psychische und die physische Gesundheit vieler Kinder und Jugendlicher schwer beeinträchtigt und soziale Ungleichheiten vertieft. Repräsentative Umfragen zeigen, dass Eltern geschlossene Bildungs- und Betreuungseinrichtungen und die befürchteten Konsequenzen für ihre Kinder weit mehr Sorge bereiten, als die Angst um das eigene Einkommen und den Arbeitsplatz. Die Gewalt gegen Kinder ist im vergangenen Jahr dramatisch gestiegen. Die Belastungen sind für Familien mit geringem Einkommen, Alleinerziehende und Familien mit Migrationshintergrund besonders schwer. Der mit der Pandemiepolitik verbundene Bewegungsmangel, ein starker Anstieg passiver Bildschirmzeit und ungesündere Ernährung fördern auch langfristig Übergewicht – heute schon einer der Hauptrisikofaktoren für die öffentliche Gesundheit in Deutschland.

Die vollständige oder teilweise Schließung von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen ist keine angemessene Vorsorgemaßnahme, sondern eine Hochrisikostategie mit schwerwiegenden Folgen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien, die wir uns nicht länger leisten können.

Einschränkungen für Kinder und Jugendliche sind nicht gerechtfertigt

Es ist wissenschaftlicher Konsens, dass Kinder und Jugendliche selbst nur in seltenen Fällen schwer durch eine Infektion mit SARS-CoV-2 erkranken und in der Regel schnell genesen. Auch die unter Long COVID diskutierten Symptome treffen Kinder selten und



nicht oder kaum häufiger als Gleichaltrige, die nie eine SARS-CoV-2-Infektion durchlaufen haben.

Kontaktnachverfolgungsstudien zeigen, dass ungeimpfte Erwachsene sehr viel häufiger als Kinder Infektionen in Schulen tragen. Ausbrüche in Schulen betreffen meist nur wenige Personen. Virusübertragungen finden deutlich öfter im häuslichen Umfeld statt. Die bloße Vermutung, das könnte bei neuen Virus-Varianten anders sein, reicht nicht aus, um Kinder erneut massiv einzuschränken. Diesen Weg ist Deutschland im Winter gegangen - nur um feststellen zu müssen, dass andere Länder geregelten Schulunterricht und Betreuung sicherstellen konnten - bei vergleichbarem Pandemieverlauf. Das darf sich nicht wiederholen.

Erwachsenen, insbesondere den für schwere Verläufe anfälligen älteren Personen, stehen effektive Impfstoffe zur Verfügung. Kinder zum Schutz erwachsener Kontaktpersonen weiter einzuschränken, ist nicht mehr zu rechtfertigen. Jugendliche ab 12 können nach geltender STIKO Empfehlung ihr geringes Risiko für einen schweren Verlauf der Erkrankung und mögliche Folgeschäden mit einer Impfung weiter senken, wenn sie dies wünschen. Doch das muss Privatsache bleiben. Die Impfung darf weder als Voraussetzung für einen regulären Schulbetrieb gelten, noch dürfen ungeimpfte Kinder und Jugendliche stigmatisiert oder benachteiligt werden.

Hygiene- und Quarantäneregeln müssen auf den Prüfstand

Der Blick in europäische Nachbarländer lohnt:

- Dänemark hat die Maskenpflicht in Schulen abgeschafft; andere Länder wie England, Niederlande und Norwegen verzichten darauf zumindest für Grundschulkindern.
- Schweden, Norwegen und die Schweiz (Kanton Zürich) testen Kinder und Jugendliche nur bei lokalen Ausbrüchen. Aus gutem Grund: Massentests asymptomatischer Kinder suggerieren ihnen permanent, dass sie als Gefahr wahrgenommen werden. Sie sind unwirtschaftlich, denn sie zeigen nur wenige positive Ergebnisse, die besonders bei geringer lokaler Verbreitung von SARS-CoV-2 im Nachtest in der Mehrzahl der Fälle nicht bestätigt werden. Die für regelmäßige Testung aller Schülerinnen und Schüler eingesetzten Mittel können sinnvoller z.B. in eine baulich-funktionelle und digitale Modernisierung der Schulen eingesetzt werden oder in pädagogische Angebote für Kinder, deren Lernfortschritte unter den langen Schulschließungen besonders gelitten haben.
- England und die Schweiz (Kanton Zürich) setzen auf Tests anstatt auf Quarantäne für asymptomatische Kontaktpersonen infizierter Schulkinder. Neue



[Studien](#) zeigen, dass das eine genauso effektive Eindämmung verspricht. Dänemark und die Niederlande sehen Quarantäne nur für enge Kontaktpersonen vor. Das zeigt: Quarantäneregeln müssen nicht zu Klassen- oder Schulschließungen durch die Hintertür führen. Hier stehen vor allem die Gesundheitsämter in Zusammenarbeit mit dem Robert Koch-Institut in der Verantwortung, geeignete Konzepte auszuarbeiten und konsequent umzusetzen, durch die eine Schließung ganzer Klassen oder Schulen und übermäßig lange Quarantäne vermieden werden können.

- Norwegen verschärft bei zugespitzter epidemischer Lage die COVID-Regeln an Schulen nur lokal nach sorgfältiger Abwägung der Folgen für Kinder. Für Klassenteilung in Grundschulen wird zusätzliches Personal eingestellt, um weiter Präsenzunterricht zu gewährleisten, ohne Eltern als unausgebildete Lehrkräfte in die Pflicht zu nehmen.

Kinder haben in den letzten eineinhalb Jahren enorm viel geschultert. Wir müssen wieder eine Gesellschaft werden, in der Erwachsene in einer Notlage Kinder schützen und sich nachhaltig für ihre Interessen einsetzen, nicht umgekehrt. Das ist das beste Aufholprogramm, das Staat und Gesellschaft jetzt bieten können. Es ist unsere Pflicht, Kinder und Jugendliche als das zu behandeln, was sie sind: Unsere Schutzbefohlenen und ein Versprechen auf eine gute Zukunft.

Wir fordern deshalb:

- **Normalität für Kinder und Jugendliche jetzt mit Regelbetrieb in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen und bei Freizeitaktivitäten – ohne Wenn und Aber.**
- **Kindgerechte Hygienemaßnahmen in Schulen und Gemeinschaftseinrichtungen, die Lern- und Entwicklungschancen und das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen genauso berücksichtigen wie den vermuteten Eindämmungsnutzen.**
- **Beendigung ineffektiver, in der Masse extrem kostenintensiver und belastender Testungen bei asymptomatischen Kindern ohne einen konkreten Anlass.**
- **Die Vermeidung überzogener und unverhältnismäßiger [Quarantäneregeln](#).**
- **Gleichstellung aller Kinder und Jugendlichen mit geimpften und genesenen Erwachsenen. Der Zugang von Kindern und Jugendlichen zur Teilhabe an Bildung, Kultur und anderen Aktivitäten des sozialen Lebens darf nicht vom Vorliegen einer [Impfung](#) abhängig gemacht werden.**



Der Vorstand Initiative Familien

Heike Riedmann, Zarah Abendschön-Sawall, Sabine Kohwagner, Stephanie Schläfer

initiiert durch Landesgruppe Berlin Initiative Familien

Dr. med Christine Busch, Dipl-Psych. Allia Hammami, Andrea Martin, Ulrike Abromeit, Anna Renner und Milan Renner

mit Unterstützung von

Prof. Dr. med. Johannes Hübner, Kinder- und Jugendmedizin, Pädiatrische Infektiologie

Prof. Dr. med. Arne Simon, Kinder- und Jugendmedizin, Pädiatrische Infektiologie

Prof. Dr. med. Ursel Heudorf, Fachärztin für Kinderheilkunde und für Öffentliches Gesundheitswesen, ehem. stellvertretende Leiterin des Gesundheitsamtes der Stadt Frankfurt am Main

Dr. Peter Walger, Vorstand Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene e.V. (DGKH), Internist, Intensivmediziner und Infektiologe

Prof. Dr. Klaus Stöhr, virology, epidemiology. Former: Director WHO Global Influenza Program and SARS Research Coordinator. Novartis

Univ. Prof. Dr. Nikolaus Haas, Präsident Deutsche Gesellschaft für Pädiatrische Kardiologie und Angeborene Herzfehler e.V. (DGPK)

Kontakt: Berlin@initiativefamilien.de

Über uns

„Familien in der Krise“ und „Kinder brauchen Kinder“ sind zwei bundesweit aktive Initiativen, die sich im Zuge der Corona-Krise gegründet haben und gemeinsam den Verein „Initiative Familien“ gründen. Unser Ziel ist es, langfristig auf die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und Familien aufmerksam zu machen und sie ins Zentrum politischer Entscheidungen zu rücken. Wir haben bereits zahlreiche Gespräche mit führenden Politiker:innen aus Bundes- und Landespolitik geführt sowie ein umfassendes Medienecho auf unsere Aktionen erzeugt.

Initiative Familien ein Verein von:



www.familieninderkrise.com



www.kinderbrauchenkinder-petition.de